

Wer bewaffnet eigentlich wen? Rechtsextreme Propaganda und die Realität

Messer-Verteilaktion sorgt für Hass-Attacke gegen CDU

Marburg. Die Verteilung von Messern im Landkreis sorgt für Aufsehen: Nachdem die heimischen CDU-Landtagswahlkandidaten Dirk Bamberger und Dr. Thomas Schäfer im Wahlkampf kleine Messer (Kneipchen) verteilt hatten, überschlägt sich die Internetgemeinde. Denn ein russisches Online-Portal behauptet, dass diese an gewaltbereite Ausländer gegeben würden: „Die CDU führt einen Wahlkampf der direkt auf Merkels Goldstücke ausgerichtet ist. Am Infostand werden sogar Messer für Merkels Messermänner verteilt.“ Im Internet wird der Beitrag massenhaft verbreitet, die Geschäftsstelle der Landkreis-CDU mit „Hassmails überzogen und mit Schmähungen bombardiert“, heißt es auf OP-Anfrage. **Seite 5**

Wir erinnern uns:

Am 17.10.2018 musste die Oberhessische Presse über eine ekelhafte Schmutzkampagne gegen die hiesige CDU berichtet. Aus kleinen blauen Messerchen zum Kartoffelschälen machte die rechtsextreme Propaganda Waffen.

Karl Hermann Bolldorf, der hiesige AfD-Landtagskandidat, hatte die Kampagne schon im September vorbereitet. ***Migranten sitzt das Messer lockerer, insbesondere solchen aus einem islamisch geprägten Kulturkreis.*** Das war eine seiner zentralen Wahlkampfthesen, die er aus dem Repertoire seiner Bundespartei übernommen hatte.

Nasir Ahmad und *Astrid Lehmann* haben damals diese These gründlich überprüft. Dabei verwendeten sie einfach die 564 von der AfD selbst aufgelisteten Fälle von angeblicher Messerstecherei. Das Ergebnis war vernichtend:

„87% aller Fälle sind falsch. Bei 310 Fällen handelt es sich überhaupt nicht um Messerstechereien. Und bei weiteren 178 Fällen fehlt eine Angabe über die Herkunft der Täter. Die AfD hat lediglich unterstellt, dass es sich um Nicht-Deutsche handele. **Somit bleiben lediglich 76 Einzelfälle.** Das heißt: Wenn die AfD einen Messerangriff eines Migranten anprangert, ist es höchstwahrscheinlich falsch.“ Die Analyse ist auch nachprüfbar. *Ahmad* und *Lehmann* fassen die Angaben der AfD in einer Wertetabelle zusammen, ***die hier nachzulesen ist.*** *Bolldorfs* Angst gründet sich also auf Ungenauigkeiten und Fälschungen, die seine eigene Partei in Umlauf gebracht hat. Hier ist der Link zur umfangreichen Untersuchung von *Ahmad* und *Lehmann*: <https://www.volksverpetzer.de/analyse/afd-lugt-messer/>

Wie aber verhalten sich AfD und rechtsradikale Websites selbst zu Gewalt und Waffengebrauch? *Jan Zwerg*, der sächsische AfD-Generalsekretär, sprach es deutlich aus:

„Deutschland kann sich auf solche Außenstaaten wie Spanien nicht mehr verlassen. Italien hat nach dem Regierungswechsel seine Grenzen geschlossen. Nun sickern die Asylbegehler über das sozialistisch regierte Spanien ein. Für Deutschland kann das nur heißen: Grenzen dicht und in letzter Konsequenz auch von der Schusswaffe Gebrauch machen.“

<http://afd-dd.de/jan-zwerg-nach-grenzverletzung-in-spanien-deutschland-vor-invasoren-schuetzen/>

Aber nicht nur der Staat soll schießen. Derzeit steht der Waffenhändler Mario R. vor Gericht. Er betreibt den Online-Shop „Migrantenschreck“. Die Käufer stammten, so die Staatsanwältin, überwiegend aus der deutschen Mittelschicht. Von Ärzten über pensionierte Richter bis zum Handwerker sei alles dabei gewesen.

Die Tageszeitung „neues deutschland“ berichtet am 30.11.2018 vom Prozessauftritt und dokumentiert auch das im Online-Shop angebotene Waffenarsenal:

BERLIN

Erneut Eklat um AfD-Politiker

Der AfD-Politiker Andreas Wild hat im Abgeordnetenhaus erneut für einen Eklat gesorgt. Wie bereits Anfang November trug der fraktionslose Abgeordnete am Donnerstag während der Parlamentssitzung eine blaue Kornblume am Revers seines Jacketts. Erst nach mehreren Ordnungsrufen von Parlamentspräsident Ralf Wieland brachte er die Jacke aus dem Saal. Die blaue Kornblume diente zwischen 1933 und 1938 in Österreich als Erkennungszeichen der damals dort verbotenen Nationalsozialisten. Auch die antisemitische Schönerer-Bewegung nutzte die Blume als Symbol. Wild gilt als Rechtsextremist und fiel wiederholt mit provozierenden Äußerungen etwa gegen Geflüchtete auf. Aus der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wurde er im Juli 2017 ausgeschlossen. Mitte November beschloss der AfD-Landesvorstand einstimmig, ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn einzuleiten. Wild hatte die blaue Kornblume auch beim Gedenken am 80. Jahrestag der Pogromnacht am Holocaust-Mahnmal getragen. *dpa/nd*

IN DEN WARENKORB
Migrantenschreck HD130 Superior Komplettpaket
€ 749,00 ★★★★★

IN DEN WARENKORB
Migrantenschreck LP130 Country Komplettpaket
€ 549,00

IN DEN WARENKORB
Migrantenschreck DP120 Bautzen Edition Komplettpaket
€ 529,00

IN DEN WARENKORB
Antifaschreck AS125 Komplettpaket
€ 449,00

IN DEN WARENKORB
Migrantenschreck MS80 Intense Komplettpaket
€ 379,00 ★★★★★

IN DEN WARENKORB
Migrantenschreck MS55 Kompakt Halbautomatik Komplettpaket
€ 329,00

IN DEN WARENKORB
9mm P.A. Knall Geco (50 Stück)
€ 29,99

IN DEN WARENKORB
9mm R Knall .380 R Blanc Geco (50 Stück)
€ 29,99

Mit den Waffen aus dem Online-Shop »Migrantenschreck« können gefährliche Hartgummigeschosse abgefeuert werden.

Screenshot: nd

Charité blockiert weiter Tarifverhandlungen

Bei den Tarifverhandlungen für die Charité-Tochter CPPZ gibt es auch nach vier Streiktagen keinen Fortschritt. Bei den Verhandlungen am 28. November 2018 legte die Geschäftsführung ein nur kosmetisch verändertes Angebot vor. Es wurde auch deutlich, dass die Charité der Tochterfirma nicht den nötigen finanziellen Spielraum für eine Angleichung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) gibt. »Damit sind jetzt auch die Senatsvertreter im Charité Aufsichtsrat Michael Müller und Matthias Kollatz gefragt. Nach den weitreichenden Beschlüssen des letzten SPD-Landesparteitags müssen diese im Aufsichtsrat im Rahmen der anstehenden mittelfristigen Finanzplanung dafür sorgen, dass die Spielräume für entsprechende Lohnerhöhungen geschaffen werden«, erklärt ver.di-Verhandlungsführer Kalle Kunkel. Nach der Blockade in den Verhandlungen bereitet ver.di weitere Streiks vor. *mjo*

Koalition weist Vorwürfe zum Schulausbau zurück

Die Berliner Regierungskoalition hat ihr umstrittenes Vorgehen für Neubau und Sanierung von Schulen verteidigt. Die Kritik der Volksinitiative »Unsere Schule« sei unbegründet, erklärten SPD, LINKE und Grüne am Donnerstag im Abgeordnetenhaus. Die Initiative will verhindern, dass einige der Schulen durch die landeseigene Wohnungsgesellschaft Howoge gebaut werden, weil sie eine Privatisierung fürchtet. Der parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion Steffen Zillich widersprach: »Es gibt kein einziges privates Gewinninteresse der Howoge-Konstruktion.« *dpa/nd*

Neonazi-Waffenhändler vor Gericht

Prozessbeginn gegen mutmaßlichen Betreiber des Online-Shops »Migrantenschreck«

An 193 Menschen aus Deutschland soll Mario R. Waffen zur »Verteidigung gegen Asylbewerber« verkauft haben. Hinzu kommen noch welche aus Österreich und der Schweiz. Seit Donnerstag steht er vor Gericht.

Von Marie Frank

Mario R. sitzt reglos da, die Augen starr nach vorne gerichtet. Fast könnte man meinen er hört gar nicht hin, während die Staatsanwältin die Anklageschrift verliest. Die 193 Namen auf der Liste dürften ihm ohnehin bekannt sein: Dem 35-Jährigen aus Thüringen wird vorgeworfen, zwischen Mai und November 2016 über seinen Internethandel »Migrantenschreck« von Ungarn aus erlaubnispflichtige Waffen an Käufer aus Deutschland, Österreich und der Schweiz illegal verkauft zu haben.

Dabei handelte es sich überwiegend um Schreckschusspistolen und -gewehre, mit denen gefährliche Hartgummigeschosse abgefeuert werden können. Die Waffen, die unter Namen wie »Antifaschreck« oder »Migrantenschreck« angeboten wurden, kosteten zwischen 250 und 750 Euro und wurden laut Anklage

damit beworben, dass sie »der Verteidigung gegen Asylbewerber dienen«. Der angeklagte Rechtsextremist Mario R. soll die Waffen per Post nach Deutschland geschickt und damit fast 110 000 Euro verdient haben.

Nach jahrelangen Ermittlungen wurde Mario R. im März dieses Jahres in Ungarn verhaftet und drei Monate später nach Deutschland ausgeliefert, wo er in der JVA Moabit einsitzt. Zwar sind die Waffen in Ungarn nicht verboten, die illegale Einfuhr nach Deutschland stellt hingegen einen Straftatbestand dar.

Auf die Schliche gekommen sind die Ermittler Mario R. durch eine Cyber-Attacke auf verschiedene Seiten der Bundesregierung, die über seine IP-Adresse lief. Im Laufe der Ermittlungen sei man dann auf seine Internetaktivitäten gekommen, sagte die Staatsanwältin am Rande der Verhandlung. Zudem seien dem Landeskriminalamt Listen mit Käufern zugespielt worden.

Gegen die 193 Käufer aus Deutschland wurden ebenfalls Ermittlungsverfahren eingeleitet, die größtenteils schon abgeschlossen sind. Das Strafmaß liegt zwischen sechs Monaten und fünf Jahren, in

aller Regel seien jedoch Bewährungsstrafen verhängt worden so die Staatsanwältin. Die Käufer stammten überwiegend aus der deutschen Mittelschicht und seien zuvor nicht als rechts in Erscheinung getreten. Von Ärzten über pensionierte Richter bis zum Handwerker sei alles dabei gewesen.

Die Käufer stammten überwiegend aus der deutschen Mittelschicht. Von Ärzten über pensionierte Richter bis zum Handwerker sei alles dabei gewesen.

Im Zuge der Ermittlungen seien »ziemlich viele Waffen« gefunden worden, wie viele genau, konnte die Staatsanwältin nicht sagen. Sie schätzt aber, dass mittlerweile rund 80 Prozent der verkauften Waffen eingezogen wurden. Auch die Gelder des Angeklagten seien gesichert worden, indem Konten und Wertgegenstände gepfändet wurden.

Vor dem Landgericht Berlin wird nur ein Teil dessen verhandelt, was die Ermittler im Fall R. zutage gefördert haben. Laut Staatsanwaltschaft gibt es weitere Ermittlungsverfahren gegen Mario R., unter anderem wegen Volksverhetzung. Der gelernte Bankkaufmann soll die ehemals größten deutschen Hetzportale Anonymous.Kollektiv auf Facebook und Anonymousnews.ru betrieben haben. Dort war etwa ein Video zu sehen, in dem Personen auf Bilder verschiedener Politiker schießen, unter anderem auf Heiko Maas und Cem Özdemir. Da die Vorwürfe jedoch nicht Gegenstand des Auslieferungsantrags an Ungarn waren, werden sie vermutlich nicht zur Anklage kommen.

Die Staatsanwältin geht davon aus, dass sich der Umstand, dass die Waffen gegen Menschen eingesetzt werden sollten, strafverschärfend auswirken wird. »Wir bestrafen jedoch keine politische Meinung«, stellte sie klar. Der Angeklagte selbst hat sich bislang in Schweigen gehüllt. Sein Verteidiger kündigte jedoch an, dass er sich zu einem späteren Zeitpunkt zu den Vorwürfen äußern werde. Für den Prozess sind vier weitere Termine bis zum 18. Dezember anberaumt.

Finanzsenator weist Befürchtungen zurück

Neuregelung der Grundsteuer führt laut Matthias Kollatz (SPD) nicht zu flächendeckenden Mietsteigerungen

Müssen Mieter künftig noch mehr für ihre Wohnungen zahlen? Die geplante Reform der Grundsteuer nährt Spekulationen über höhere Kosten fürs Wohnen. Berlins Finanzsenator hält das für Quatsch.



Matthias Kollatz Foto: dpa/Jörg Carstensen

Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) weist Befürchtungen zurück, eine Reform der Grundsteuer treibe in Städten die Abgaben nach oben. »Es wird einige Wohnungen geben, wo es etwas mehr wird, und andere Wohnungen, wo es etwas weniger wird«, sagte Kollatz. Das vom Bund vorgeschlagene Modell werde aber nicht dazu führen, dass der Staat insgesamt mehr Geld einnehme als bisher.

Für Kommunen ist die Grundsteuer eine wichtige Geldquelle. Sie lassen sich damit bezahlen, dass sie zum Beispiel Baugebiete erschließen oder Laternen aufstellen. Wer eine Immobilie oder ein Grundstück besitzt, muss die Steuer zahlen. In Berlin sind die meisten Menschen zwar Mieter, Vermieter können die Abgabe aber auf sie umlegen.

Bisher wird die Steuer in Ost und West nach unterschiedlichen Grundlagen berechnet – in Berlin zum Teil je nach Straßenseite. Im früheren

dabei ein Modell, das den Wert der Immobilien berücksichtigt. Die Bemessungsgrundlage soll sich künftig zusammensetzen aus Nettokaltmiete, Wohnfläche, Baujahr, Grundstücksfläche und Bodenrichtwert.

Man müsse sich den Vorschlag noch einmal genau anschauen, sagte Berlins Finanzsenator Kollatz nach dem Treffen. Er finde aber gut, dass der Bund einen Vorschlag gemacht habe und eine wertabhängige Berechnung vorsehe. »Das wollten wir immer.« Er halte auch die Umsetzung für machbar, weil nur wenige zusätzliche Angaben nötig seien.

Die Bundesländer Bayern und Niedersachsen zum Beispiel bevorzugten dagegen zuletzt ein Flächenmodell, das sich nur nach der Wohnungs- oder Grundstücksfläche richtet. Auch der Immobilienverband IVVD warnte zuletzt vor einem »bürokratischen Albtraum«, wenn alle Wohnungen in Deutschland anhand der vielen Faktoren neu bewertet werden müssten. Zudem könnten gerade in angespannten Wohnungsmärkten deutlich steigende Steuern drohen.

Kollatz bezeichnete die Kritik als »Quatsch«. »Das ist eine Lobbyausgabe.« »Das ist eine Lobbyausgabe.« »Das ist eine Lobbyausgabe.« »Das ist eine Lobbyausgabe.«

her, was eine höhere Steuerlast bedeuten könnte. Im Gegenzug solle aber die sogenannte Steuermesszahl gesenkt werden. Das ist eine Komponente, nach der die Grundsteuer berechnet wird. »Die finale Korrektur machen wir über den Hebesatz«, sagte Kollatz. Darüber kann jede Kommune selbst die Höhe der Steuer mitregeln.

Die Hauptstadt hat im vergangenen Jahr 805 Millionen Euro Grundsteuer eingenommen. Laut Kollatz soll es auch in Zukunft nicht mehr sein. Dass einige mehr und andere weniger zahlen werden, sei aber Sinn der Reform. Auch bei der Grundsteuer müsse gelten, dass derjenige mehr zahle, der mehr Geld im Portemonnaie habe.

Bundestag und Bundesrat müssen bis Ende 2019 eine Reform beschließen. Die Finanzminister von Bund und Ländern wollen deswegen trotz weiter unterschiedlicher Positionen Tempo machen. Anfang Januar soll es ein erneutes Treffen geben, wie die Deutsche Presse-Agentur aus Teilnehmerkreisen erfuhr. Dann könnte bereits eine Entscheidung für ein Modell fallen. An diesem Donnerstag wollte Scholz seine Pläne auch in Berlin ausführlich vorstellen. *dpa/nd*

TIPPS

Politik

»Kuba – Soli Basar« – Spenden-sammlung für den Bus des Botanischen Gartens in Pinar del Rio. 1.12., 11 bis 17 Uhr, »Galerie Olga Benario«, Richardstraße 104 (Neukölln).

»Die Flamme der Revolution« – Buchvorstellung im Rahmen der Reihe »Zur Novemberrevolution« mit Bernd Langer. 4.12., 19 Uhr, »JW-Ladengalerie«, Torstraße 6 (Mitte). Wir bitten um Anmeldung unter: mm@jungewelt.de oder unter Tel.: 030 / 53 635 556.

URANIA

Die URANIA, An der Urania 17, bietet heute folgende Veranstaltungen für Sie an:

15.30 Uhr: Morbus Parkinson. Wenn das Nervensystem erkrankt. Vortrag von Dr. Kersin Anvari, Dr. Wolfram von Pannwitz, Heike Unger u.a.

18 Uhr: Tschaikowsky-Ballett-Festival. Schwanensee mit Erzählerin.

19.30 Uhr: Therapie mit Cannabis. Viel Sinn, viel Unsinn. Ein Update 2018. Vortrag von Dr. Christian Kessler.

Literatur

»Ellen Fuhr – Picasso, Rubens und Monet auf Hiddensee« – Gespräch und Buchvorstellung mit Christoph Tannert, Annette Gundermann und Günther Fuhr. Heute, 19 Uhr, »Galerie Forum Amalienpark«, Breite Straße 2 a (Pankow).

»Dora und die Revolution« – Biografische Lesung mit Anja Hinrichs. Heute, 19.30 Uhr, »Galerie Olga Benario«, Richardstraße 104 (Kreuzberg).

»Archipel« – Lesung mit Inger-Maria Mahlke. Heute, 20.30 Uhr, »Buchhändlerkeller«, Carmerstraße 1 (Charlottenburg).

»ErLesenes am Samstag« – Lesung mit Günter Schöffler. 1.12., 10.30 Uhr, »Ratz-Fatz e.V.«, Schnellerstraße 81 (Schöneweide).

»Zum Todestag von Christa Wolf« – Lesung mit Jörg-Uwe Albig, Tanja Dücker, Annett Gröschner und Jochen Schmidt. 1.12., 20 Uhr, »Literaturforum im Brecht-Haus«, Chausseestraße 125 (Mitte).

Musik

»Runde Geburts- und Todestage der Musikgeschichte« – Konzert im Rahmen der Benefiz zur Förderung von »Spe Vivere«. Heute, 19.30 Uhr, »Ernst-Reuter-Saal«, Eichborndamm 215 (Wittenau).

»Früher war mehr Lametta« – Konzert der Band Beat'n'Blow. Heute, 19.30 Uhr, »Theater am Rand«, Zollbrücke 16 (Oderau).

»Kostenloses Adventskonzert« – Lesung und Konzert von Frank Zander und Elke Breitenbach zugunsten wohnungsloser Menschen. 1.12., 16 Uhr, »St. Thomaskirche«, Bethaniendamm 23-27 (Kreuzberg).

»Gospelkonzert« – Konzert von Gospelight und Band im Rahmen des Böhmischen Weihnachtsmarktes. 2.12., 16 Uhr, »Evangelische Kirchengemeinde Babelsberg«, Schulstraße 8 c (Potsdam).

Freizeit

»Stimmen aus Tschernobyl« – Eine theatralisch-musikalische Auseinandersetzung mit Svetlana Alexijewitschs Buch »Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft«. Heute, 19 Uhr, »SOEHT.7«, Söhntstraße 7 (Lichterfelde).

»Mahides 10.000 Taler« – Musik, Theater und Lesung in einem. Heute, 20 Uhr, »Begine«, Potsdamer Straße 139 (Tiergarten).

»Adventsbasar« – Gelegenheit zu Weihnachtseinkäufen, Lesung und Konzert. 1.12., 13 bis 20 Uhr, »Krankenhauskirche im Wuhlgarten«, Brebacher Weg 15 (Biesdorf).

»So geh' ich nicht auf die Bühne!« – Absolventenvorstellung 2018. 1.12., 18 Uhr, »theaterforum kreuzberg«, Eisenbahnstraße 21.

»Treptower Park ganz nah« – Fotografien von Gerald Müller. Vernissage der Ausstellung. 1.12., 19 Uhr, »Galerie Kunger-Kreptow«, Karl-Kunger-Straße 15 (Alt-Treptow).

ANZEIGE

D I E N S T L E I S T U N G E N

zapf umzüge www.zapf.de 030/61061

V E R S C H I E D E N E S

FLÜCHTLINGS-DRAMA BANGLADESCH

Ihr CARE-Paket rettet Leben. Jede Spende hilft: www.care.de

care Die mit dem CARE-Paket

Glyphosat-BAYER vor Gericht

www.stichwort-bayer.de info@stichwort-bayer.de Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf facebook/coordination

STICHWORT BAYER (Kostengünstig kontaktieren)

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT!